

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Montag, den 13. Februar 1888.

Nr. 74.

Vom Kronprinzen.

Einzelangaben über das Befinden des Kronprinzen, die dem „B. B.“ von genau unterrichteter Seite zugehen, lassen als das für den Augenblick wichtigste Moment erscheinen, daß der hohe Patient fieberfrei bleibt. Neigungen zum Fieber scheinen aufgetreten zu sein und können überraschen. Die ganze Sorge der Ärzte zielt darauf ab, den Kranken gegen jede stärkere Temperaturveränderung zu schützen. Die nächsten Tage für den weiteren, hoffentlich günstigen Verlauf entscheidend. Nachdem die Operation vorgenommen war, hatte sich, wie demselben Blatte mitgeteilt wird, bei den Ärzten die Vorstellung befestigt, sie würden ihre Behandlung so einrichten haben, als läge die Entfernung eines ausgesprochenen Krebslebens vor. Diese Diagnose wäre durch Erscheinungen unterstützt, deren Auftreten bei Carcinom ein gewöhnliches genannt werden müßte. Werden nun durch glückliche Wundheilung die Folgen des Luftröhrenschnitts überwunden, was durch die Erfahrung und Umsicht der Ärzte verbürgt werden darf, so ist die Erhaltung des Patienten gesichert, wenn gleich der leidende Zustand bleibt und seine Gefährlichkeit kaum verschwinden wird. Die Krankheit ist eben eine sehr ernste und wird den Patienten möglichenfalls nie wieder zu dem Gefühl voller Gesundheit kommen lassen. Die Erhaltung des Lebens kann bei dem Fernbleiben außerordentlich auftretender Störungen durchaus erhofft werden, und dieser Ansicht ist Dr. von Bergmann gerade so, wie der Wiener Dr. v. Schrötter. Die Ernährung des Kranken ermöglicht sich verhältnismäßig leicht bei der Bedürfnislosigkeit des Körpers. Der Verzicht auf jeden Gebrauch der Stimme versteht sich bis auf weiteres von selbst, und ebenso ist für die nächsten acht Tage absolute Ruhe dringendes Erforderniß. Die Ärzte können sich kaum einen besseren Patienten denken, da der Kronprinz niemals Unmuth oder Verzweiflung erkennen läßt. Seine ungewöhnliche Willensstärke ist geradezu staunenswerth, seine Selbstbeherrschung ein seltener Heroismus. Jeder fieberfreie Tag muß, wie die Dinge liegen, als unschätzbare Gewinn erachtet werden.

Professor Schrötter in Wien hält auch heute daran fest, daß das Befinden des Kronprinzen der Krebs sei. Im Ueb. u. w. Schrötter darauf hin, daß die bisherigen Nachrichten über das Befinden des Kronprinzen nach der Operation befriedigend und als günstige Symptome aufzufassen sind. Bei der weiteren Behandlung empfiehlt sich eine ruhige Therapie, die Entzündung des Leidens könne Jahre lang hinausgeschoben werden, ein relativ gutes Befinden sei Jahre lang möglich. Von weiteren Operationen würde Schrötter absehen.

San Remo, 12. Februar, 11 Uhr Vormittags. Der Wundverlauf bei Sr. kaiserlichen und königlichen Hoheit dem Kronprinzen ist durchaus befriedigend. Die Nacht war gut, Fieber und Schmerzen sind nicht vorhanden.

Madente. Schrader. Krause. Howell.
von Bergmann. Bramann.

San Remo, 12. Februar, Mittags. Der Wundverlauf bis heute den vierten Tag nach der Operation ist ein durchaus normaler, kein Fieber ist aufgetreten, der Schlaf ist gut. Der Kronprinz hat die Nacht vom Sonntag von 12 Uhr Mitternachts bis früh 6 Uhr ohne Unterbrechung geschlafen. Der Appetit beginnt sich zu regen.

Graf Radolinski und Professor von Bergmann wurden gestern Abend sofort in der Villa Bivio empfangen. Herr von Bergmann findet das Aussehen der Wunde sehr günstig. Derselbe bleibt bis auf Weiteres hier und theilt sich in die Wartung am Krankenbette.

Als freudigste Nachricht ist mitzutheilen, daß der Kronprinz sich heute so wohl befindet, daß derselbe im Laufe des Nachmittags für einige Stunden das Bett verlassen wird.

Ueber das Aussehen des Krankheitsprozesses ist kein Urtheil zu fällen, da eine Besichtigung zur Zeit nicht möglich ist.

Deutscher Reichstag.

35. Plenarsitzung vom 11. Februar.

Präsident v. Wedell-Piesdorf eröffnet die Sitzung um 1 Uhr.

Tagesordnung:

I. Wahlprüfungen.

Bezüglich der Wahl des Abg. Dr. Haarmann (natlib.) beantragt die Kommission die Gültigkeitserklärung, sowie gleichzeitig die weitere Untersuchung der erhobenen Proteste.

Nachdem die Abgg. Träger (freis.) und Rintelen sich in breiten Besprechungen über die namentlich seitens der nationalliberalen Arbeitgeber geübten Wahlbeeinflussungen ergangen, konstatirt

Abg. v. Hellendorff-Bedra (kons.), daß, soweit seine Informationen reichen, ihm nur unangehörige Wahlbeeinflussungen zu Ohren gekommen seien, welche von freisinnigen Arbeitgebern ausgeht worden. (Zustimmung rechts; Widerspruch links)

Die weitere Debatte bewegte sich vorzugsweise im Rahmen einer Polemik zwischen den nationalliberalen Abgg. Kleine und Dr. Hammacher einer- und den Zentrumsmitgliedern Stöbel, v. Strombeck und Dr. Windthorst andererseits über den größeren oder geringeren Umfang der ultramontanen resp. der nationalliberalen Wahlbeeinflussung; außerdem wies Dr. Hammacher unter lebhafter Zustimmung der rechten Seite des Hauses, sowie der nationalliberalen Partei eine Aeußerung des Abg. v. Strombeck energisch zurück, welche dahin aufgefaßt worden, daß sich die evangelischen Arbeitervereine vom Boden des Christenthums entfernten.

Da, wie der Vorsitzende der Kommission, Abg. Dr. v. Marquardsen (natlib.), betont, der betreffende Beschluß der Kommission, welche die erhobenen Proteste als für das Resultat der Wahl unerheblich gehalten, einstimmig gefaßt worden, so trat das Haus nach Ablehnung eines Antrages Strombeck, die Entscheidung über die Gültigkeit bis zu erfolgter genauer Untersuchung der erhobenen Proteste auszuschieben, nahezu einstimmig dem Beschlusse seiner Kommission bei.

Es folgt der Bericht der Wahlprüfungskommission über die Wahl des Abg. Richter (freis.); die Kommission beantragt die Ungültigkeitserklärung der Wahl.

Abg. Frhr. v. Mantuffel (kons.) bittet, die Wahl für gültig zu erklären, da der einzige Protestgrund, das Verbot des Arbeiterwahlkomitees zu Hagen, die Majorität, welche der Abg. Richter erhalten, nicht wesentlich alteriren könne. Wegen einer so unbedeutenden Angelegenheit dürfe man doch nicht das Wahlrecht des betreffenden Kreises — wenigstens zeitweise — illusorisch machen. Seiner (des Redners) Partei könne die Anwesenheit des Abg. Richter im Hause nur angenehm sein, denn derselbe sei ein guter Bundesgenosse und als ihr Mehrer anzusehen (Heiterkeit rechts); daher möge man ihn bewegen, von dem Prinzip der freisinnigen Partei abzuweichen und im Hause zu bleiben, wenn seine Wahl für gültig erklärt werde. (Beifall rechts.)

Nachdem sich Abg. Singer (Soz.) gegen, sämtliche anderen Redner jedoch, die Abgg. Bittel (natlib.), Dr. Windthorst (Zentr.) und v. Reibeben (Reichsp.) für die Gültigkeit der Wahl ausgesprochen, wird die Wahl Richters gegen die Stimmen des Freisinn und der Sozialdemokratie für gültig erklärt.

Die Beratung der nächsten Wahl, der des Abg. Henneberg (natlib.), bei welcher es sich um ganz gleichartige Protestgründe handelte, wurde nicht zu Ende geführt.

Die Verhandlung gab dem Abg. Singer (Soziald.) wiederum Veranlassung, für Ungültigkeitserklärung resp. für Beanstandung zu plaidiren, während Abg. Frhr. v. Mantuffel (kons.) wiederum für die gewohnte Praxis eintrat, alle Wahlen für gültig zu erklären, bei denen die erhobenen Proteste nicht im Stande gewesen, das schließliche Wahlergebnis zu ändern.

Außerdem gab Staatssekretär v. Bötticher die Erklärung ab, daß in jedem Falle, wo berechtigter Wahlbeschwerden zur Kenntniß der Behörden gelangten, Remedur geschaffen werde.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr.

Tagesordnung: Erledigung von Wahlprüfungen und zweite Lesung der Sozialisten-Vorlage.

Schluß 5 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

16. Sitzung vom 11. Februar.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 11 Uhr.

Tagesordnung:

Den einzigen Gegenstand bildet die zweite Beratung des Antrages v. Benda und Genossen betreffend die Verlängerung der Legislatur-Perioden.

Zu diesem Gesetzentwurf hat die freisinnige Partei zwei Zusatzanträge gestellt. Dieselben haben den nachstehenden Wortlaut:

„I. Nach § 1 des vorgeschlagenen Gesetzentwurfes einzufügen: § 1a. An Stelle des letzten Absatzes des Artikels 71 der Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1850 tritt folgende Bestimmung: Die Wahlmänner werden in jeder Abtheilung aus der Zahl der stimmberechtigten Urwähler ohne Rücksicht auf die Abtheilungen mit geheimer Abstimmung gewählt. § 1b. An Stelle des ersten Absatzes des Artikels 72 der Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1850 tritt folgende Bestimmung: Die Abgeordneten werden durch die Wahlmänner mit geheimer Abstimmung gewählt.“

II. An Stelle des § 1 der Verordnung vom 30. Mai 1849 tritt folgende Bestimmung: § 1. Die Mitglieder für das Haus der Abgeordneten werden von Wahlmännern in Wahlbezirken, die Wahlmänner von den Urwählern in Wahlbezirken gewählt. Die Wahlen erfolgen durch Niederlegung von Stimmzetteln in die Wahlurne. Die Stimmzettel sind von weißem Papier und ohne äußere Kennzeichen herzustellen. Sie sind außerhalb des Wahllokales mit dem Namen des Kandidaten, welchem der Wähler seine Stimme geben will, handschriftlich oder im Wege der Vereinfachung zu versehen.

§ 2. Das Gesetz tritt mit Ablauf der gegenwärtigen Legislatur-Periode des Hauses der Abgeordneten in Kraft.“

Präsident v. Köller weist darauf hin, daß zu diesem Antrage Abänderungs-Anträge der Abgg. Berling und Genossen (freisinnige Partei) eingebracht sind, welche sich mit dem Wahlverfahren für das Abgeordnetenhaus beschäftigen. Nach der Geschäftsordnung müssen Anträge mit der Hauptfrage im Wesentlichen in Verbindung stehen. Er könne persönlich eine solche wesentliche Verbindung nicht anerkennen, wenn auch vielleicht manche Mitglieder des Hauses eine solche Verbindung annehmen. Er wolle in dieser zweifelhaften Frage die Entscheidung des Hauses herbeiführen.

Abg. Richter (deutschfreis.) erklärt, daß, da der Präsident die Sache selbst als zweifelhaft betrachte, das non liquet zu Gunsten der Minorität aufgefassen werden müsse und er bitte die Majorität, sich in diesem Sinne zu entscheiden, da er in gleichem Falle dasselbe thun würde. (Lachen rechts.)

Abg. Frands (nat-lib.) erklärt, daß die Geschäftsordnung weder zu Gunsten der Minorität, noch der Majorität, sondern so gehandhabt werden müsse, wie es ihr strikter Wortlaut erfordere und derselbe sei von dem Herrn Präsidenten interpretirt worden.

Abg. v. Rauchhaupt (deutschkons.): Herr Richter hätte schon aus den Verhandlungen des Reichstages, dessen Geschäftsordnung dieselbe Bestimmung enthält, ersehen sollen, daß sein Antrag nicht zulässig ist. Es handelt sich nur darum, durch dieses Manöver den Majoritäts-Parteien eine Belegenheit zu bereiten. Ich glaube nicht, daß Herr Richter als Vertreter einer Majorität anders verfahren würde, als wir heute.

Abg. Frhr. v. Zedlitz-Neukirch (freikons.) schließt sich den Ausführungen des Vorredners an, indem auch er betont, daß ein innerer wesentlicher Zusammenhang zwischen den beiden in Rede stehenden Angelegenheiten nicht existire, was auch früher von den Freisinnigen selber anerkannt worden sei.

Abg. Dr. Windthorst (Zentrum) erklärt im Gegentheil, daß zwischen der Verlängerung der Legislatur-Perioden und der Art der Wahlen ein vager Zusammenhang bestehe; wenn dies nicht anerkannt werde, so vergewaltige eben die Majorität die Minorität. (Widerpruch und Gelächter rechts.)

Nachdem sich Abg. Dr. Reichensperger (Zentrum) in ähnlichem Sinne wie sein Vorredner ausgesprochen, bemerkt

Abg. v. Minnigerode (deutschkons.), daß Herr von Hellendorff im Reichstage den Antrag für vollständig unzulässig erklärt habe.

An der ferneren Diskussion nehmen noch die nationalliberalen Abgg. Dr. von Cury und Dr. Enneccerus, welche den Standpunkt des Abg. Frands theilen, sowie Abg. Dr. Meyer-Breslau (deutschfreis.) Theil, welcher sich den Ausführungen des Abg. Richter anschließt, während Abg. Dr. Windthorst (Zentrum) bei seinen erstmaligen Behauptungen glaubt stehen bleiben zu sollen, so daß

Abg. Frhr. v. Minnigerode (deutschkons.) nochmals konstatiert, daß die Entscheidung der gegenwärtig freilichigen Frage ein Recht der Majorität sei und daß die gegen letztere gerichteten Vorwürfe völlig ungerechtfertigt seien. (Lebhafter Beifall rechts.)

Hierauf wird die Diskussion geschlossen.

Auf Antrag der Abgg. Dr. Lieber (Zentrum) und Dr. Meyer-Breslau (deutschfreis.) ist die Abstimmung darüber, ob der Antrag der freisinnigen Partei (Berling und Genossen) als ein Abänderungs-Antrag zu dem vorliegenden Antrage von Benda und Genossen anzusehen sei, eine namentliche.

Für die Zulässigkeit stimmen 112 Abgeordnete, gegen dieselbe 223 Abgeordnete.

Die Kartellparteien haben geschlossen dagegen gestimmt.

Das Haus tritt nunmehr in die Beratung des Antrages von Benda und Genossen auf Verlängerung der Legislatur-Perioden ein.

Zu dem grundlegenden § 1, welcher die Verlängerung der Perioden von 3 auf 5 Jahre verlangt, erhält zuerst das Wort

Abg. v. Egarlski (Pole). Derselbe spricht sich auf Veranlassung der angeblich von ihm beobachteten unqualifizirbaren Wahlbeeinflussungen gegen den Antrag aus, worauf

Abg. Hansen (freis.), welcher vollständig auf dem Boden des Antrages steht, Veranlassung nimmt, sich gegen die unerhörten Invektiven des Abg. Dr. Lieber gegen die Majorität in Bezug auf deren Haltung zu dem von ihr geleiteten Verfassungsbeide zu wenden; voraussetzlich sei sich der Abg. Lieber der Tragweite seiner damaligen Worte gar nicht voll bewußt gewesen.

Abg. Dr. Windthorst (Zentr.) bekämpft den Antrag nochmals, welcher ohne Noth eine so einschneidende Verfassungsänderung notwendig mache und dem Ansehen der Parlamente jedenfalls außerordentlich abträglich sein werde. (Beifall im Centrum.)

Abg. v. Rauchhaupt (kons.): Unser Fraktionsordner hat Ihnen bewiesen, daß wir die Sache objektiv behandeln wollen. Es kann uns nicht gleichgültig sein, daß wir unbedeutend angegriffen werden, daß Herr v. Schorlemer-Alst uns Vermindeung der Vollrechte, Herr Dr. Lieber uns Beilegung des Verfassungsbeides vorwirft. Nur gegen solche schwere Vorwürfe müssen wir uns bewahren. Ich glaube, den konservativen Herrn im Centrum wird unser Antrag nicht so unangenehm sein, wie Herrn Lieber, der ja seine demokratischen Neigungen offen bekundet hat; er hat ja das jährliche Wählen als das Beste bezeichnet. Wer die Wahlagitationen miterlebt hat, kann das viele Wählen nicht als einen Segen betrachten. (Abg. Meyer-Breslau: Aber alle 5 Jahre ist es ein Segen! Heiterkeit.) Wenn Herr Lieber das Material verfolge hätte, namentlich was Herr Stöcker vorgelesen hat (Bewegung links), dann könnten Sie einen solchen Standpunkt nicht vertreten. Herr Lieber sollte doch aus den Flugblättern der konservativen Zentralkommission nachweisen, daß wir wahre Orgien gefeiert hätten. Wir haben uns stets in den Schranken des politischen Anstandes gehalten. (Lebhafter Widerspruch.) Sie (vom Centrum) brauchen solche Mittel nicht. Aber wenn Sie das Wählen für einen Segen halten, müssen Sie die Möglichkeit geben, den Wählern in Wort und Schrift die Wahrheit zu sagen. Der Antrag ist keine Ueberraschung. Ich habe in allen Wahlversammlungen die Frage besprochen. Sie haben kein richtiges Verständnis für das, was das Volk will. Die Leute wollen vom Fortschritt nichts

mehr wissen, deshalb theilhaftigen sie sich bei den Wahlen nicht und verlangen auch keine geheime Stimmenabgabe. Wer für den Antrag Stern wegen der geheimen Wahl stimmen kann, der kann sich nicht hier hinsetzen und sagen: Die Abstimmung für die Verlängerung der Legislaturperiode sei eine Verletzung des Verfassungseides. Wir glauben im Interesse des Volkes zu handeln, wenn wir die Wahlen einschränken. (Beifall rechts.)

An der ferneren Diskussion theilhaftigen sich noch von der Opposition die Abgg. Richter und Dr. Lieber (Zentr.), welche den Antrag als die Volkswirtschaft schmälernd bekämpfen, während Abg. Tramm (nat.-lib.) den Antrag unter lebhafter Polemik gegen die freisinnige Partei befürwortet und Abg. Frhr. v. Zedlitz-Neuharth (freil.) gegen den wider preussisch-konstitutionellen, noch preussisch-monarchischen Standpunkt des Abg. Lieber Front macht.

§ 1 wird in namentlicher Abstimmung mit 237 (die der Kartellparteien) gegen 126 Stimmen und darauf der Rest der Vorlage gleich falls mit großer Majorität angenommen.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Montag 11 Uhr.

Tagesordnung: Dritte Lesung der Vorlage betreffend die Verlängerung der Legislatur-Periode.

Schluß 4^{1/2} Uhr.

Deutschland.

Berlin, 12. Februar. Die patriotische Kundgebung, die sich fast jeden Mittag vor dem kaiserlichen Palais vollzieht, nahm heute einen ganz besonders erhebenden und großartigen Charakter an. Lange vor der Mittagsstunde war der Platz vor dem kaiserlichen Palais von unzähligen Scharen dicht gefüllt, immer neue Menschenmassen kamen heran; das Gedränge war geradezu lebensgefährlich geworden. Da ertönte Trommelwirbel und Pfeisenklang; kräftigen Schritts rückten die Gardefürstiere, welche heute die Schloßwache stellten, heran. Jetzt fiel die Muffel ein, das Publikum, unter dem sich heute viele Fremde befanden, stand auf den Beinen, reichte die Hände. Da, ein unbefehliger Jubel: der Kaiser war an das Fenster getreten, freundlich und ernst schaute er auf die Menschenmassen, welche die Hüte schwenkten und in die stürmischen Hochrufe ausbrachen. Einen Augenblick blieb der Kaiser allein am Fenster stehen, dann wurden die Vorhänge fortgenommen und die Kaiserin auf ihrem Rollstuhl an das Fenster gefahren. Der Jubel kannte jetzt keine Grenzen mehr, wenn die Hochrufe an der einen Stelle zu erstarren schienen, dann brachen sie an der anderen mit elementarer Gewalt wieder hervor. Lange und unverwandten Auges schauten die Majestäten auf die Scharen; die Fürstiere waren vorüberdieselt, der Kaiser und die Kaiserin zogen sich, nachdem sie wiederholtlich für die ihnen dargebrachten Ovationen auf das freundlichste und herzlichste gedankt, zurück. Plötzlich fing Einer aus dem Publikum das „Heil Dir im Siegertranz“ zu singen an; ein Zweiter, ein Dritter stiegen ein und schließlich sangen Alle, Alle. Nochmals trat der Kaiser an das Fenster und nochmals wiederholte sich die stürmische Ovation.

— Unser Kaiser wird am 15. d. Mts. das 70jährige Jubiläum als Chef des kaiserlich russischen Infanterie-Regiments Kaluga feiern. Eine größere Abordnung des Regiments wird in diesen Tagen hier erwartet, um den Kaiser zu beglückwünschen. Als der Kaiser damals das Regiment erhielt, war er noch ein junger Oberst und führte das 1. Garde-Regiment z. F. und gleichzeitig die 1. Garde-Infanterie-Brigade. Er war kurz zuvor am 15. Januar 1818 von einem längeren Aufenthalt in Petersburg zurückgekehrt, wohin er seiner Schwester, der Prinzessin Charlotte und späteren Kaiserin von Rußland, das Brautgeleit gegeben hatte. Das Kaluga-Regiment war das zweite Regiment, welches dem damaligen Prinzen Wilhelm verliehen worden war; das erste war das jetzige Königs-Grenadier-Regiment (2. westpreussisches Nr. 7), dessen Chef der Kaiser seit dem 6. Juni 1817 ist.

— Im November vorigen Jahres tauchte bekanntlich wiederholt das Gerücht auf, es seien zwischen Deutschland und den Friedensmächten einerseits, Belgien und Holland andererseits Vereinbarungen getroffen, wonach die letztgenannten beiden Mächte im Falle eines gemeinsamen Angriffskrieges Frankreichs und Rußlands gegen Deutschland und Oesterreich sich auf die Seite der angegriffenen Mächte stellen sollten. Wie das „Berl. Mont.-Bl.“ aus Brüssel hört, sind dort in den letzten Tagen ähnliche Gerüchte in sehr bestimmter Form aufgetreten, und zwar mit dem Zusatz, daß, wenn auch kein schriftlicher Vertrag, so doch eine feste Verabredung geschlossen sei. Wir nehmen von diesen Nachrichten Notiz, wenn auch nicht ohne unseren Zweifel auszudrücken, daß Belgien wirklich Schritte gethan haben sollte, welche die ihm garantierte Neutralität in Frage stellen würden.

— Man schreibt der „Nat. Ztg.“ aus Petersburg vom 10. Februar: Die Ausrufung des Fürsten Bismarck, daß der Frieden von San Stefano kein diplomatisches Meisterstück war, hat die Aufmerksamkeit hier wiederum auf die durch den Berliner Kongreß forcierten Friedenspräliminarien gezogen. Man hat sich gefragt, wo etwa die Stelle zu suchen ist, auf die sich die Kritik des Reichskanzlers vorzugsweise beziehen könnte. Bei der Durchsicht je-

ner von Rußland durchaus einseitig mit der Tütel getroffenen Stipulationen wurde man auf die Verabredungen gelenkt, die für den Fall getroffen worden sind, daß die Stellung Rußlands für die heute vorliegenden Verhältnisse reguliert werden würden. Zur großen Ueberraschung für manche Kreise hat sich ergeben, daß die russischen Unterhändler, von denen Graf Ignatjew die erste Rolle spielte, im Frieden von San Stefano nicht die geringste Vorsorge für den Fall getroffen hatten, daß die inneren Vorgänge in Bulgarien die Neuordnung umwerfen würden. Die Einführung des neuen Regiments in der Bulgarei und die Ueberweisung seiner Ausübung wurden durch den Vertrag von San Stefano für zwei Jahre einem kaiserlich russischen Kommissar übertragen, die Besetzung Bulgariens durch eine russische Armee aber auf eine Frist von „annähernd zwei Jahren“ beschränkt, nach deren Beendigung der Abzug zu erfolgen hätte. Der heute in Bulgarien vorliegende Fall einer von Rußland und den Mächten nicht bestätigten Fürstenwahl nach Abgang des ersten Fürsten ist in dem Vertrag von San Stefano absolut nicht erwähnt, ist vollständig ausgeschlossen. Man kann sich nicht verhehlen, daß es die Schuld der russischen Diplomatie ist, nicht die des Berliner Kongresses, welche den heutigen diplomatischen Zustand den Vorgängen in Bulgarien gegenüber verschuldet hat. Man bringt damit in Gegensatz, wie Oesterreich-Ungarn seine Stellung in Bosnien-Herzegowina durch Feststellung eines unbedingten Besetzungsrechtes zu sichern wußte, und zieht daraus Schlüsse, welche sich sehr festig gegen den Grafen Ignatjew und die russischen Unterhändler in Berlin wenden. Die Kritik, welche Fürst Bismarck an der russischen Diplomatie geübt hat, muß daher hier als berechtigt zugegeben werden; es ist das kein angenehmes Eingeständnis; aber den Vorwürfen, welche gegen den Berliner Vertrag erhoben werden, kann nicht schlagender erwidert werden, als durch Hinweis auf den in der schwebenden Frage noch viel lächerlicheren Frieden von San Stefano, der doch zweifellos einzig auf russisches Konto geht.

Posen, 11. Februar. (B. Z.) Die neueste Berliner Reise des Erzbischofs Dinder bezogte hauptsächlich die Wiedereröffnung des Posener Priesterseminars. Anlässlich des ersten erzbischöflichen Rundschreibens am die Religionslehrer der Gymnasien hatte angeblich eine entsprechende Anzahl von Polen aus der katholischen Kirche ausgeschieden wollen und den Uebertritt zur griechischen Kirche erörtert (?). Nunmehr ist der Konflikt beseitigt. Diese phantastische „Enttönnung“ machen erst heute die polnischen Blätter.

Karlruhe, 11. Februar. Anlässlich ihrer silbernen Hochzeit nahmen Prinz und Prinzessin Wilhelm nach dem Dankgottesdienste in der Schloßkirche die Glückwünsche des Hofstaats, des Staatsministeriums, des preussischen und russischen Gesandten, sowie des Vertreters der österreichischen Gesandtschaft im Schloße entgegen. Nach dem Ledeum in der Hauskapelle fand ein Dejeuner bei dem Jubelpaare statt. Abends fand die Herrschaft zum Theil bei dem Großherzog und der Frau Großherzogin geladen.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 13. Februar. Vom 15. d. Mts. ab werden sämtliche Schalter des Postamts 1, grüne Schanze 20, in der Stunde von 1 bis 2 Uhr Mittags für den Verkehr mit dem Publikum geöffnet bleiben.

— Dem vom pommerischen Feuerwehr-Ausschuß an sämtliche Behörden des pommerischen Feuerwehr-Verbandes dieser Tage ergangenen Zirkular entnehmen wir hinsichtlich der pommerischen Feuerwehr-Unfall-Unterstützungs-Einrichtungen Bericht: Die genannte Kasse hat am 1. Oktober 1886 ihre Thätigkeit begonnen. Seitens der pommerischen Feuer-Sozietät wurde derselben ein Stammkapital von 12,000 Mark überwiesen und ein alljährlicher Zuschuß von 1000 Mark gezahlt. Von Privat-Gesellschaften ist seitens der Feuer-Versicherungsbank für Deutschland zu Gotha ein Zuschuß von 3000 Mark in Aussicht gestellt, wovon bis jetzt 200 Mark gezahlt sind. Bis zum Schluß des Jahres 1886 sind 32 Behörden mit zusammen 2562 Mitgliedern der Kasse beigetreten. Vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1886 ist ein leichter Unglücksfall bei der freiwilligen Feuerwehr zu Rugard vorgekommen und seitens der Kasse eine Entschädigung von 5 Mk. gezahlt. Die Einnahmen beliefen sich im Jahre 1887 auf 2513 Mk. 93 Pf., verausgabt sind an Unterstützungen in 11 Unglücksfällen 985 Mk. 20 Pf. und für den Ankauf von Effekten 1458 Mark, zusammen 2443 Mk. 20 Pf., der Baarbestand betrug Ultimo 1887 142 Mk. 71 Pf., außerdem waren Effekten im Werthe von 14,100 Mark vorhanden. Unter den vorgelassenen 11 Unglücksfällen erforderten 2 (Feuerwehrmann B. der freiwilligen Feuerwehr zu Stolp — Quetschung der rechten Hand — und Steiger Al. von der freiwilligen Feuerwehr zu Gollnow — komplizierter Bruch des rechten Unterarms oberhalb des Ellgelenks) zu ihrer Heilung 108 resp. 84 Tage und verursachten einen Kostenaufwand von 254 resp. 205 Mk., 9 Unglücksfälle kamen innerhalb 6 bis 31 Tagen zur Heilung. In einem Falle wurde zu Gunsten der Kasse auf jede Entschädigung, in einem anderen Falle auf Erhaltung der Arbeitskraft Verzicht geleistet.

— Der hiesige Zweigverein des evangelischen Bundes, über dessen Bildung jüngst berichtet ist, beabsichtigt nunmehr, nach dem Vorgang in anderen Städten, von Zeit zu Zeit auch öffent-

liche Versammlungen, namentlich an geeigneten Gedenktagen zu veranstalten. Zu einem Anfangs datet sich von selbst der Todestag des Reformators Luther am 18. Februar. In Erinnerung an die lebhafteste Theilnahme, welche im Lutherjahre 1887 die damals veranstalteten Abendvorträge gefunden haben, ist wieder ein Vortragabend in Aussicht genommen, welcher in der dazu bewilligten Aula des städtischen Real-Gymnasiums in der Schillerstraße stattfinden soll. Nach einer kurzen Ansprache zur Eröffnung wird Herr Gymnasialdirektor Dr. Weider über Luther und Ignatius von Loyola, alsdann Herr Pastor Wellmer, ein namhafter Kenner der geistlichen Musik, über Luther und den geistlichen Kirchengesang sprechen; planmäßig beide Reden kurz, damit, wie Anno 1883, alle Vorträge im Rahmen einer Stunde Platz finden. Dagegen wird der bevorstehende Lutherabend noch einen besonderen Reiz durch die Einlage geistlicher Gesänge erhalten, welche Herr Rob. Lehmann mit seinem bewährten Nikolai-Kirchengesang auszuführen freundlich übernommen hat. — Zutritt frei; nur zur Dedung der Kosten werden wieder, wie Anno 1883, am Ausgange freiwillige Gaben angenommen, deren etwaiger Ueberfluß dem Kirchenbau von St. Gertrud zu Gute kommen soll. Finden die Vorträge Anklang, so ist zu geeigneter Zeit eine Fortsetzung derselben vorbehalten, deren etwaiger Ertrag nach Möglichkeit zu anderen Aufgaben des kirchlichen Lebens hier zu Gute kommen soll. Auch für das Lutherfestspiel, über welches bereits Verhandlungen mit dem Dichter und einem bewährten Leiter der Aufführungen stattgefunden, ist neben der Anregung des evangelischen Bewusstseins zugleich die Förderung der dringenden Kirchenbauten in Stettin und Borort im Auge gefaßt, und daher auch die Beteiligung der hiesigen Kirchbaukomitees an den Vorbereitungen erbeten. Weiteres werden wir mittheilen, sobald der Plan bestimmtere Gestalt gewonnen hat.

— In recht heiterer Stimmung verlief das am Sonnabend Abend im Moabiter Klosterbräu veranstaltete Vorkabarett, welches so stark besucht war, daß in dem Lokal kein Stuhl frei blieb und da Alles aufgeboten war, um das Publikum angenehm zu unterhalten, herrschte auch bald in den Räumen die größte Heiterkeit. Lebhaftes Begeisterung rief es hervor, als nach einer patriotischen Ansprache ein Hoch auf Se. Majestät den Kaiser und auf die Gesehung des Kronprinzen ausgebracht wurde und darauf alle Anwesenden stehend die National-Hymne sangen.

— Der „Sammellub Kastad“ veröffentlichte seinen Bericht über seine Thätigkeit in den Jahren 1884—1887, aus welchem ein erfreuliches Wirken des genannten Vereins im wohlthätigen Sinne konstatirt werden kann, denn derselbe hat seit seiner Begründung ca. 5500 Mk. zu Unterstützungs Zwecken gezahlt und zwar wurde davon der größte Theil für Weihnachtsgeschenken von 455 armen Kindern benutzt.

Zirkus G. Schumann.

Als erste Ausstattung-Pantomime ging am Sonnabend im Zirkus Schumann die Aufführung von „Die schöne Sofia“ oder „Schule und Mäler im Orient“ von Statten. Es ist dies eine Schumann'sche Original-Pantomime, denn der Balletmeister des Zirkus, Herr Hofballetmeister A. Tignani, hat dieselbe arrangirt, der Kapellmeister des Zirkus, Herr Laubert, die Musik-Arrangements getroffen und Herr Direktor Schumann selbst die Inszenierung übernommen. Man darf bei einer Pantomime, bei welcher die Pracht der Ausstattung und das Ballet die größte Wirkung ausüben soll, nicht sehr scharf nach einer Handlung suchen und auch bei der schönen Sofia ist nicht viel davon zu finden, dafür bietet die Pantomime aber eine Pracht an Kostümen, überaus schöne Szenen und prächtig arrangirte Ballets und wird das Auge ganz und voll befriedigt, daneben ist auch der Versuch gemacht, dem Ganzen einen patriotischen Hintergrund zu verleihen, indem in der 2. Abtheilung, welche im Palaste des Sultans spielt, die verschiedenen europäischen Nationen Vertreter senden und sich dabei als „Prinz von Goldmark“ unser Reichskanzler vorstellt. Die geschmackvoll arrangirte Apotheose zeigt uns die Germania, umgeben von lebenden Blumen, welcher die Vertreter der einzelnen Staaten huldigen. Das komische Element wird durch die Figuren von Schule und Mäler vertreten, doch würde es nicht schaden, wenn außerdem noch einige komische Szenen eingelegt würden. — Den größten Effekt bei der Pantomime üben die Ballets aus und dabei wieder die von Herrn Balletmeister Tignani ganz vorzüglich arrangirten Gruppierungen, es wurde auch seitens des Publikums nicht mit Beifall gelacht und bei der gestrigen zweiten Aufführung der Pantomime vor ausverkauftem Hause fand dieselbe stürmischen Applaus. — Doch auch die Leistungen im ersten Theil des Programms fanden die einstimmige Anerkennung des Publikums. Der Schimmelpfengst „Haisar“, durch Herrn Ernst Schumann vorgeführt, hat eine ganz vorzügliche Dressur und dasselbe läßt sich von dem Fuchshengst „Herg“ sagen. Fräulein Adele Schumann bewies ihre Meisterhaftigkeit als Schulkreiterin in der mit den beiden englischen Vollblutpferden „Darling“ und „Siegride“ gerittenen Springfabrik. Unter dem übrigen Personal zeichnen sich vor Allem der vorzügliche Jockeyreiter Hr. Joe Hodgini und Hr. Arnold Dickson in ihren Salto

mortales zu Pferde aus; auch der Cyklos des jungen Wolf Schumann ist eine sehr beachtenswerthe Leistung. Ein Unfall von Schnelligkeit und Kraftentwicklung fand die drei Brüder Goggi in ihrem gymnastischen Entree. K.

Kunst und Literatur.

Neelkes Heirathsgesuch re Insektstudien von D. Dunder. Mit 45 Illustrationen von Fried. Stahl. (1 M.) Verlag von Karl Krabbe in Stuttgart.

Mit überlegener Ironie pfeilt nicht selten bei der Theilung der Zeitung dem weiblichen Theil der Familie das Annoncenblatt als Lektüre überlassen zu werden! Wer den Griff ins volle Menschenleben zu thun versteht, wie die Verfasserin der Insektstudien, der hat an allen zehn Fingern einen Roman. Und nicht allein das hierzu vor Allem verpflichtete „reelle Heirathsgesuch“, auch der entlaufene Mops, die Stadt, die einen Arzt, der Bauherr, der Mordelträgerinnen, der Student, der einen Freitisch sucht, Alles, Alles hat seine Geschichte, und daß in diesem reichen Strauß von Zeitungsgeheimnissen so neuer Art aus dem bunten Allerlei modernen Großstadtlebens nur fesselnde und sympathische Stoffe herausgegriffen und mit ein paar leichten Federstrichen zu launigen Skizzen gestaltet sind, macht die Insektstudien zu einer höchst erfreulichen Lektüre. Das Büchlein ist mit 45 reizenden Illustrationen von Fried. Stahl geschmückt und empfiehlt sich durch sein elegantes Aussehen ungemein. [16]

Überred, die Preuss. Grundbuchgesetze, unter Berücksichtigung der einschlägigen Literatur und Rechtsprechung. Berlin bei H. Bah. Das Buch ist ein höchst praktisches Buch; es soll ein Hilfsbuch sein für die praktische Handhabung der Gesetze, welches in handlicher Form einen Überblick über den gesammten einschlägigen Rechtsstoff bietet. Deshalb enthält das Werk auch die Kostentafel und die Stempelabgaben sowie die Form der Beträge für Grundstücks-Zertheilungen nebst guten Registern. Wir können das Buch allen theilhaftigen Kreisen warm empfehlen. [3]

Bermischte Nachrichten.

— Für den zunehmenden Einfluß des Deutschthums in Japan spricht deutlicher als alle direkten Wahrnehmungen in unserer Mitte — die Berufungen hervorragender Männer aus allem Gebieten des öffentlichen Lebens und die Ausdehnung unseres Exports, der Inhalt eines und von dort gehenden Wigsblattes, das unter dem Namen „Tōbō“ zweimal im Monat erscheint und das, mit nur geringen Textworten versehen, in allen seinen Zeichnungen Deutschland und die Deutschen verhöhnt. Die Zeichnungen sind von G. J. Vigot, einem Franzosen, und auch die Textworte sind französisch. So wird denn jeder Japaner mit einem preussischen Helm dargestellt, der ihn erdrückt, der frühere japanische Gesandte in Berlin ist karrikirt als ein Tröbder mit preussischen Soldaten, deutsche Würste mit Sauerkraut werden ganz nach Pariser Boulevardmanier als Nationalgericht dargestellt, die musikalischen Aufführungen des gemischten Chors stehen ebenfalls unter der Bidelhaube. Es muß der deutsche Einfluß in dem mächtig vorwärts strebenden Japan dem französischen gegenüber in der That ein sehr bemerkenswerther sein, wenn seine Bekämpfung durch die Franzosen in der geschilderten Art notwendig erscheint.

Verantwortlicher Redakteur B. Sievers in Stettin

Telegraphische Depeschen.

Dresden, 12. Februar. Im Sitzungssaale der Stadtverordneten fand gestern Abend eine öffentliche Versammlung statt, in welcher der preussische Landtagsabgeordnete v. Schöndorff über die allgemeine Schulreform von dem Gesichtspunkte der öffentlichen Interessen sprach. Die Ausführungen und Vorschläge des Redners fanden eine beifällige Aufnahme. Der Versammlung wohnten auch Vertreter des Unterrichtsministeriums bei. Es folgte eine mehrstündige Debatte, in welcher auch die zahlreich anwesenden Humanisten auf ein reiferes Alter einverstanden erklärten. Zum Schluß hielt man es einstimmig für erwünscht, die vorliegende Petition an den preussischen Unterrichtsminister v. Gossler zur Annahme einer deutschen Schulreform auch in Sachsen zu unterstützen.

Paris, 12. Februar. Verschiedene Pariser Blätter beschäftigen sich nach dem Vorgang der Pariser Presse sehr viel mit der Chimäre einer von Frankreich, Rußland und England abzuschließenden Kontre-Tripelallianz; in den bezüglichen Artikeln kommt alles Mögliche kraus Zeug zum Vorschein.

Petersburg, 12. Februar. Die hiesigen Blätter ziehen aus der Rede Lord Salisbury's und den Ausrufungen Fergussons und Gladstones den Schluß, daß eine Schwankung Englands zu Gunsten Rußlands in Sicht sei, hervorgerufen durch die vorerwähnte die Politik Englands verlebende Rede des Fürsten Bismarck (?). Die Engländer, so meinen jene Blätter, begannen einzusehen, daß Fürst Bismarck den englischen Einfluß im Orient ignorire. Die „Nowosi“ allein folgern aus den im britischen Parlament gehaltenen Reden, daß auch England in Gemeinschaft mit Oesterreich und Deutschland dem eventuellen Vordringen Rußlands auf der Balkanhalbinsel entgegenzutreten wolle.

Eine leistungsfähige Weberei in
rhesischen Buckstins, Cheviots
und Walkwaaren
 sucht einen tüchtigen, bei der Engros-Handschaft gut ein-
 geführten Agenten.
 Gef. Off unter R. T. 31 befördert **Rudolf**
Mosse, Düsseldorf.